

Volle Auftragsbücher und Unternehmen, die sich teils händeringend nach raren Fachkräften umschauen: Dieses Bild begleitet uns auch nach 15 Quartalen eines wie am Lineal gezogenen Produktionsaufschwungs und Beschäftigungsaufbaus. Fast unheimlich robust muss diese Entwicklung dem kritischen Beobachter erscheinen, sind doch zuletzt die Aussichten insbesondere für die Außenwirtschaft durch ein hohes Maß an Unsicherheit gekennzeichnet.

# Multiple Unwägbarkeiten



**Prof. Dr. Michael Hüther**  
Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln

Bislang ist die Wirtschaft vom kräftigen Binnenkonsum sowie einem starken Außenhandel geprägt. So steigen die privaten Konsumausgaben deutlich an und stellen einen wichtigen Antrieb der Inlandsnachfrage dar. Der sehr robuste Konsum wirkt sich positiv auf die gesamte Wirtschaft aus und stärkt die Resilienz gegen mögliche wirtschaftliche Risiken. Als Wachstumsmotor hatte bis zuletzt auch der deutsche Außenhandel gewirkt. Die deutsche Industrie operiert entsprechend an der Kapazitätsgrenze: Nur vor der weltweiten Finanzkrise herrschte eine ähnlich hohe Auslastung. Die bislang stetig expandierenden (Waren)Exporte werden jedoch in Zukunft durch multiple Unwägbarkeiten der Weltwirtschaft infrage gestellt.

In schwierigerem Umfeld gibt es einiges zu tun für die deutsche Politik, die sich mit teilweise tief greifenden Angebotsrestriktionen befassen muss. So könnte besonders der deutsche Arbeitsmarkt künftiges

Wachstum dämpfen, stößt der starke Beschäftigungszuwachs der vergangenen Jahre doch an seine Grenzen: Es herrscht ein breiter Fachkräftemangel. Dem kann und muss die Politik entgegenwirken: Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bspw. in Form von vermehrten Kita- und Ganztagsangeboten an Schulen, kann Familien entlasten und diese stille Reserve mobilisieren. Die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt, etwa über eine intensivere Betreuung in den Jobcentern, würde dem aktuellen Aufschwung einen noch inklusiveren Dreh geben. Zudem schafft bereits seit längerem qualifizierte Zuwanderung Abhilfe. Das würde einen verlässlicheren Rahmen erhalten, käme es zu einer Umsetzung der guten Vorschläge zum Fachkräftesicherungsgesetz.

Wo die (binnen)wirtschaftspolitischen Lösungsansätze auf dem Tisch liegen, macht der Blick in die europäische Nachbarschaft wesentlich ratloser: Während sich Spanien und Portugal von der Krise erholen, konnte sich Italien noch immer nicht daraus befreien. Die dortige Wirtschaft reagiert mit einer Staatsverschuldung von über 130 % des BIP sensibel auf Zinsanpassungen und steht latent an der Grenze zur Staatsschuldenkrise. Ein solcher Fall könnte eintreten, sollten die Zinsen rascher steigen als erwartet oder die populistische Regierung auf ihrem Ausgabenreigen bestehen und gegenüber seinen europäischen Partnern weiter auf Konfrontation setzen. Wirksame Hilfe kann Italien freilich allein wegen seiner Größe nicht erwarten. Die wirtschaftliche Divergenz im Euro-Raum hemmt den zinspolitischen Spielraum der Zentralbank. Während die US-Notenbank den Leitzins schon seit 2012 kontinuierlich anhebt, kommt die expansive Geldpolitik der EZB nur langsam zu einem Ende. Dabei darf die europäische Notenbank die Inflation im restlichen Euroraum nicht außer Acht lassen und muss die geldpolitische Wende umsetzen.

Politisch verblüfft neben den innereuropäischen Querelen – wie dem Brexit – immer wieder der sprunghaft agierende US-Präsident: die protektionistische Außenpolitik, die Beschränkung von Migration in die USA, die Übervorteilung amerikanischer Unternehmen durch willkürlich erscheinende Strafzölle oder der Austritt aus internationalen Abkommen. Eine Eskalation des Handelsstreits zwischen den USA und China könnte im schlimmsten Fall eine Destabilisierung in Ostasien befördern, die wohl nur schwer zu beherrschen wäre.

Die Globalisierung als solche wirkt heute erschöpft und hat den Elan der Jahrtausendwende längst verloren. Besonders für das exportorientierte deutsche Geschäftsmodell, dessen Erfolg auf offenen Grenzen und friktionslosem Handel beruht, ist diese Entwicklung in hohem Maße beunruhigend.